

Tagesordnung Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 08.11.2005

Vorlage Nr. 05-F-01-0008

**Zurückstellung von Abschiebevorhaben
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.01.2005 -**

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in Vorbereitung befindliche Abschiebungen von Familien ausländischer Herkunft bis zum Vorliegen der Ausführungsbestimmungen für Härtefallregelungen nach dem neuen Aufenthaltsgesetz auszusetzen.

Begründung:

Im Geschäftsgang der Ausländerbehörde befinden sich Fälle von Menschen ausländischer Herkunft, die bereits bis zu 18 Jahren hier leben und deren baldige Abschiebung aus rechtlichen Gründen in Aussicht genommen ist.

Das neue Aufenthaltsgesetz sieht in den §§ 23, 23a und 25 Abs. 4 Härtefallregelungen vor, zu denen im Einzelnen noch Ausführungsbestimmungen entwickelt werden müssen.

Auch wenn diese Kriterien derzeit noch nicht verfügbar sind, ist es sicher für wirtschaftlich unabhängige Familien eine außergewöhnliche Härte, wenn sie jetzt abgeschoben werden, nachdem ihnen bis zum heutigen Zeitpunkt über Jahre Aufenthaltsverlängerungen genehmigt wurden. Insbesondere sollte in der derzeitigen rechtlichen Übergangsphase ihren hier aufgewachsenen Kindern ein Wechsel in ein für sie fremdes Land, dessen Sprache sie nicht perfekt beherrschen und dessen Schulsystem mit dem hiesigen nicht deckungsgleich ist, nicht zugemutet werden.

Beschluss Nr. 0060

Der Antrag ist durch die Aussprache erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2005

Müller
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2005

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2005

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister